

Länder und Branchen geben ihre *Net-Zero*-Verpflichtungen auf oder schrauben sie zurück

geschrieben von Chris Frey | 8. Mai 2026

H. Sterling Burnett

Seit der Vereidigung von Donald Trump als 47. Präsident der Vereinigten Staaten haben der Klimapanikmache und die daraus resultierenden politischen Machenschaften im öffentlichen und privaten Sektor den Tod durch tausend Schnitte erlitten – eine Methode, die seit Jahrhunderten als eine der bevorzugten Foltermethoden der Chinesen gilt.

Trumps Handeln als Präsident stellt den tiefsten Stich für die elitären Verfechter des Klima-„Schwindels“ oder Klima-„Betrugs“ dar – wählen Sie selbst aus den Begriffen, die Trump verwendet, um die Falschalarm-Darstellung vom katastrophalen Klimawandel zu beschreiben. Ich habe hier bei CCW bereits einige von Trumps Maßnahmen beschrieben, die dem Klimasumpf Ressourcen, Unterstützer, Elan und Schwung entziehen. Dazu gehören die Streichung der Mittel für Klimaprojekte in Bundesbehörden, der Austritt der Vereinigten Staaten aus dem Pariser Klimaabkommen, der Rückzug der Vereinigten Staaten aus Dutzenden von Organisationen zur Klimaüberwachung und zum Vermögenstransfer (vor allem aus der UN-Klimarahmenkonvention) sowie die Aufhebung der Feststellung zur Gefährdung durch Treibhausgase. All diese und weitere Maßnahmen haben die progressive Klimaelite entmutigt und auf der Suche nach Trost und weiterer Unterstützung zurückgelassen, wobei dieser Trost und diese Unterstützung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Sektor in den Vereinigten Staaten und international schwinden. Die Kürzungen kommen schnell und heftig

Es gibt Anzeichen dafür, dass sich andere Länder und Unternehmen weltweit zunehmend weigern, die Rolle des Narren zu spielen, die den USA als Bösewicht im Klimaschwindel zugeschrieben worden ist. Einige Akteure ziehen sich vollständig aus ihren Klimaschutzverpflichtungen zurück und setzen wieder auf fossile Brennstoffe. Andere, die zwar bis zu einem gewissen Grad weiterhin den Klimalarm bejubeln, reduzieren ihre Emissionsminderungszusagen, kürzen die Mittel für Wind- und Solarenergie, verschieben den Zeitplan für die Netto-Null-Emissionsbilanz, erkennen die zumindest vorübergehende Notwendigkeit fossiler Brennstoffe an oder tun eine Kombination aus all dem. Natürlich würden sie nichts davon tun, wenn sie wirklich an den Hype glauben würden, dass der Welt eine bevorstehende Klimakatastrophe droht, die durch den Verzicht auf fossile Brennstoffe aufgehalten werden kann. Sie geben stillschweigend zu, dass Trump Recht hat und der Klimawandel ein Schwindel oder eine Täuschung ist, und erkennen die Notwendigkeit an,

einen neuen und anderen Weg zu finden, um durch Angst Profit zu machen.

Beispiele für den raschen Niedergang der Klimapanikmache finden sich überall um uns herum. So hielt beispielsweise der Weltklimarat der Vereinten Nationen (IPCC) kürzlich seine 64. [Sitzung](#) des Wissenschaftsausschusses ab, bei der es erneut nicht gelang, einen Termin für die Erstellung des nächsten IPCC-Sachstandsberichts festzulegen. Es ist nicht nur so, dass sie sich nicht darauf einigen können, wer den Bericht verfassen soll oder welchen Umfang er haben wird: Sie können sich nicht einmal auf einen Termin für die Fertigstellung und Veröffentlichung einigen.

Der Klimamodellierer Jozef Pecho beschrieb, wie gefährlich und entmutigend diese Sackgasse für ihn und die Gemeinschaft der Klimawissenschaftler insgesamt ist:

Als Klimawissenschaftler, dessen Arbeit von den IPCC-Berichten abhängt, fällt es mir schwer mit anzusehen, was derzeit in Bangkok geschieht.

Die Meinungsverschiedenheit wird als verfahrenstechnischer Streit dargestellt. Das ist sie jedoch nicht. Eine Koalition aus Saudi-Arabien, Russland, China, Indien und Kenia will den Zeitplan nach hinten verschieben. Die praktischen Auswirkungen sind die gleichen, als würde man eine medizinische Diagnose erst nach der Operation stellen: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse liegen zwar vor, können aber die Entscheidung nicht mehr beeinflussen. Das UNEP [Umweltprogramm der Vereinten Nationen] warnt davor, dass der IPCC-Treuhandfonds erschöpft sein könnte, noch bevor der AR7 fertiggestellt ist.

Was wir hier beobachten, ist kein Streit um den Zeitplan. Es ist eine schleichende Aushöhlung der Institution, die Klimawissenschaft in politische Verantwortlichkeit umsetzt – und das geschieht genau in dem Moment, in dem die Wissenschaft am dringendsten gebraucht wird.

Warum sollten Saudi-Arabien, Russland, China, Indien, Kenia und andere Nationen eine Verlängerung der Frist fordern, wenn sie wirklich davon überzeugt wären, dass eine Klimakrise bevorsteht? Die Antwort lautet: Das würden sie nicht tun. Sie glauben also nicht wirklich, dass der Klimawandel eine „existenzielle Bedrohung“ für die Menschheit darstellt, wie es der ehemalige Präsident Joe Biden formulierte. Er ist vielmehr ein Instrument, das eingesetzt wird, um geopolitische Zugeständnisse, nationale Vorteile und/oder weitere Sozialhilfegelder zu erlangen.

Eine weitere Kürzung wird in einer der renommiertesten medizinischen Fachzeitschriften, nämlich in The Lancet, in einem Artikel beschrieben, in dem die Forscher vor den Folgen für die öffentliche Gesundheit warnen, die sich daraus ergeben, dass die Europäische Union den Umfang und die Reichweite ihrer Anforderungen an die Emissionsberichterstattung einschränkt. Sie beschreiben die regulatorische Änderung wie folgt:

Am 16. Dezember 2025 erzielten das Europäische Parlament und der

Europäische Rat eine vorläufige Einigung über das Nachhaltigkeits-Omnibus-Paket der Europäischen Kommission, mit dem Ziel, das europäische Regelwerk zu straffen und zu vereinfachen, um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu fördern. Durch die vorgeschlagene Vereinfachung werden schätzungsweise 80 % der Unternehmen (Organisationen) ausgenommen, die zuvor in den Anwendungsbereich der Richtlinie zur Nachhaltigkeits-Berichterstattung von Unternehmen (CSRD) fielen. Die Ausnahmen führen zu einer geringeren oder gar keiner Datenerhebung bei indirekten Partnern in der Wertschöpfungskette, da nur noch Unternehmen meldepflichtig sind, die einen Umsatz von mehr als 450 Millionen Euro innerhalb der EU erzielen oder mehr als 1000 Mitarbeiter (mit Sitz in der EU) beschäftigen.

Obwohl die Anforderungen an Umweltdaten bescheiden sind, gilt die CSRD als eine der umfassendsten Initiativen zur obligatorischen Nachhaltigkeits-Berichterstattung weltweit. Die Vereinfachung durch den Omnibus-Entwurf behindert jedoch erheblich die Schaffung einer dringend benötigten Datenlandschaft zur Erfassung und Überwachung der Umweltauswirkungen von Unternehmen und könnte politische Maßnahmen zur Förderung der Gesundheit unseres Planeten behindern.

Wieder einmal scheinen die Forscher alarmiert zu sein, die Regierungen hingegen weniger.

Dann ist da noch der Fall **Deutschland**, wo düstere Wahlaussichten die Regierung offenbar dazu zwingen, ihre erzwungene Einführung bestimmter grüner Technologien und Kraftstoffe zu beenden – eine Auflage, die sich aus den früheren Verpflichtungen des Landes zu Netto-Null-Emissionszielen ergab.

„In einem überraschenden Schritt wird die deutsche Regierung den Bürgern wieder erlauben, ihre Häuser mit Öl und Gas zu heizen, obwohl dies die globalen Temperaturen in 80 Jahren um ein Tausendstel Grad erhöhen könnte“, berichtet Jo Nova. „Die Regierung – oder besser gesagt: die Steuerzahler – werden weiterhin gezwungen sein, 30 bis 70 % der Kosten für eine neue Wärmepumpe zu subventionieren, aber sie werden niemanden mit einer Geldstrafe belegen oder ins Gefängnis stecken, wenn dieser eine Öl- oder Gasheizung kauft. (Hurra, ‚Freiheit‘.)“

Die Reaktion der deutschen Linken auf diese bescheidene Annäherung an die Klimarealität war laut Euronews völlig vorhersehbar:

Ein Kritiker bezeichnete den Schritt als „bedingungslose Erfüllung aller Wünsche der Lobby der fossilen Brennstoffe“.

„Diese Reform ist eine Katastrophe“, sagte die Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion der Grünen, Katharina Dröge, gegenüber der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

„Die CDU und die SPD haben heute deutlich gemacht: Klimaschutz spielt für diese Koalition überhaupt keine Rolle“, fügte sie hinzu. „Die

Bundesregierung hat die Erreichung der Klimaziele aufgegeben.“

Was den privaten Sektor betrifft, so ziehen sich die Unternehmen rasch von ihren Verpflichtungen zur Emissionsreduzierung zurück. Wie ich in [CCW](#) ausführlich dargelegt habe, begannen kurz nach Trumps Wahl, aber noch vor seinem Amtsantritt, Hunderte von Banken und anderen Unternehmen, sich aus verschiedenen von der UNO sanktionierten oder unterstützten Klimagruppen zurückzuziehen, die Berichtspflichten für Kohlendioxidemissionen und Ziele für Emissionsreduktionen festlegten. Und Anfang 2025 begannen große Technologieunternehmen aus Angst vor einem Energiemangel für ihre KI-Hubs und Serverfarmen, ihre Lobbyarbeit bei den Regierungen der Bundesstaaten und der Bundesregierung [einzustellen](#), die darauf abzielte, Netto-Null-Ziele und immer mehr Wind- und Solarenergie zu fördern. Sie begannen, auf Kernkraft, Erdgas und an einigen Standorten in geringerem Maße sogar auf Kohle zu setzen. Sie wollen alles, was nötig ist, um die aufstrebende KI-Industrie und ihre Technologie zuverlässig mit Strom zu versorgen – Klimabedenken hin oder her.

In jüngster Zeit haben sich auch die Automobil- und Energiebranche dem allgemeinen Trend weg von der Netto-Null-Emissions-Zielsetzung angeschlossen. So verwies MasterResource beispielsweise auf einen Artikel bei [Autoblog](#), in dem die Entscheidung von 18 großen Automobilherstellern beschrieben wird, ihre Produktion von Elektrofahrzeugen drastisch zurückzufahren oder ganze Modellreihen einzustellen. In dem Autoblog-Artikel heißt es:

Nach Jahren rasanten Wachstums gerät der Boom bei Elektrofahrzeugen ins Stocken. Angesichts nachlassender Nachfrage und auslaufender Fördermaßnahmen streichen, verschieben oder reduzieren derzeit mindestens 18 Automobilhersteller ihre Pläne für Elektrofahrzeuge in den USA, darunter große Marken wie Ford, Honda, Nissan und Volkswagen. ...

Nachdem sich die Nachfrage zwischen 2019 und 2023 [aufgrund von Steueranreizen und Vorschriften] fast verachtfacht hatte, stagnierte sie im letzten Jahr und brach dann ein, nachdem die Steuergutschriften des Bundes Ende September ausliefen. Dies hat eine Reihe von Autoherstellern dazu veranlasst, ihre EV-Programme zu überdenken, und nach Zählung von Autoblog haben nun mindestens 18 Marken beschlossen, bestehende Modelle aus dem Programm zu nehmen, geplante Modelle zu streichen oder zumindest deren Markteinführung zu verschieben, in der Hoffnung auf eine Erholung der Nachfrage.

Und das betrifft nicht nur Automobilhersteller. Auch Ölkonzerne (die sich niemals dem selbstmörderischen Hype um den Klimaalarm hätten anschließen dürfen, sondern ihn stattdessen hätten bekämpfen sollen) und Energieversorger schrauben ihre Emissionsreduktionsziele zurück. Seeking Alpha berichtet:

Laut BloombergNEF haben die weltweit größten Öl- und Gasunternehmen ihre

Investitionen in die Energiewende im Jahr 2025 zurückgefahren, was den ersten jährlichen Rückgang seit acht Jahren darstellt. Die Ausgaben der großen Öl- und Gaskonzerne für kohlenstoffarme Technologien sind im vergangenen Jahr um mehr als ein Drittel gesunken, von über 38 Milliarden US-Dollar im Jahr 2024 auf 25,7 Milliarden US-Dollar, wie aus einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht hervorgeht.

Selbst mit dieser Kürzung geben die Unternehmen 25,7 Milliarden US-Dollar zu viel für unnötige Bemühungen aus, vorzeitig von fossilen Brennstoffen wegzukommen – in einem törichten und vergeblichen Versuch, den Klimawandel zu bekämpfen.

Im Energiesektor ist der Rückschritt bzgl. Netto-Null noch größer. Environment America hat berichtet, dass im März 8,1 GW an Kohlekraftwerkskapazität – bestehend aus 33 fossilen Kraftwerksblöcken in 15 Kraftwerken, deren Stilllegung bis Ende 2025 geplant war – weiter in Betrieb gehalten wurden, um die Netzsicherheit zu gewährleisten und den Ausbau der KI voranzutreiben. Zuletzt wurde Anfang April bekannt gegeben, dass die beiden größten Kohlekraftwerke in Pennsylvania zugestimmt haben, bis 2032 in Betrieb zu bleiben – vier Jahre über ihr geplantes Stilllegungsdatum hinaus –, um angesichts der wachsenden Nachfrage von KI-Rechenzentren die Netzstabilität zu gewährleisten. Sogar Gouverneur Josh Shapiro, ein Demokrat, befürwortete den Plan, die Kraftwerke offen zu halten.

Auch die Wissenschaft blieb von den Verlockungen des Klimarealismus‘ nicht verschont. Während die Duke University öffentlich an ihrem Ziel festhielt, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen, kündigte sie an, künftig weder 4 Millionen Dollar pro Jahr für die Erreichung einer „kurzfristigen CO₂-Neutralität“ auszugeben noch Personalressourcen dafür einzusetzen, Wege zur Kompensation laufender CO₂-Emissionen zu erarbeiten.

In Wissenschaft, Regierung und Industrie ist der Klimalarm auf dem Rückzug. Netto-Null als wirtschaftliches und politisches Ziel ist nicht tot, aber es hängt am Tropf, und das Heartland Institute wird sich weiterhin dafür einsetzen, den Stecker zu ziehen.

Quellen: [The Lancet](#); [Jo Nova](#); [NorDotApp](#); [MasterResource](#); [Seeking Alpha \(MSN.com\)](#); [EnvironmentAmerica](#)

Link:

<https://heartland.org/opinion/climate-change-weekly-578-countries-and-in-dustries-are-abandoning-or-reducing-net-zero-commitments/>

Übersetzt von Christian Freuer für das EIKE